

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptzollamts Leipzig.

Postfachkonto: Dresden 128, Poststraße Leipzig Nr. 52.

Nr. 276.

Sonnabend, 27. November 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erlöschen, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Leipzig. Rechtliche Unterhaltungsabläufe: Leipzig an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rüchzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Leipzig.

## Die Polonisierung Oberschlesiens.

Der für das Deutschtum so erfreuliche Ausgang der Gemeinwahlen in Ob-Oberschlesien hat nicht die Erwartungen erfüllt, die man mit Recht voraussetzen zu können geglaubt hatte. Auch nicht in einem Punkte hat sich Warschau bereit erklärt, den auf Grund des Ausgangs der Wahl notwendig gewordenen Forderungen stattzugeben. Der Sieg des Deutschtums wird zwar anerkannt. Aber diese Anerkennung erfolgt nicht offiziell. Sie ist lediglich in der Antwort zu suchen, mit der das offizielle Polen den unangenehmen Folgen des Wahlausganges begegnen will. Das Ergebnis zeigte klar und deutlich eine überwiegende deutsche Mehrheit in polnisch Oberschlesien. Diese Mehrheit ist Gegenstand zu veranlassen ist jetzt das energischste Bemühen Warschaws. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die polnische Regierung ein neues Bündnis ausgedacht. So plant sie, wie aus Warschauer Veröffentlichungen unzweideutig hervorgeht, eine Vereinigung des Industriegebietes Sosnowice-Dombrowa einschließlich der Stadt Giesendorf, des tschechischen Schlesiens mit der Eisenbahnregion Katowitz, um hierdurch die polnischen Industriegebiete, in denen die Kohle die Hauptrolle spielt, mit Ausnahme des Troppauer Reviers, verkehrspolitisch zusammenzufassen und so aus den bekannten politischen Gründen die Polonisierung Oberschlesiens mit Kattowitz vorzubereiten. Sollte Warschau wirklich diesen Plan verwirklichen, so würde es sich eines großen Verdienstes gegen das Deutschtum schuldig machen. Denn durch dieses Abkommen ist den zum ehemaligen Abstammungsgebiet gehörenden Teilen der Provinz Oberschlesien eine verkehrspolitische Einheit unter einem Oberkommando mit dem Sitz in Weichen zugebracht worden. Das besagt, daß eine solche Einheit in das Wirtschaftsleben dieser Oberschlesien eingetragene organisatorische Änderungen, wie sie der Warschauer Plan vorsieht, niemals einseitig von der polnischen Regierung herbeigeführt werden kann. Eine solche Umgestaltung polnisch Oberschlesiens könnte nur dann durchgeführt werden, wenn der Völkerverbund als überwachende Instanz seine Einwilligung hierzu geben würde. Was angesichts des selbstverständlich erfolgenden deutschen Einspruchs auszusprechen sein dürfte. Da man sich in den letzten Jahren jedoch zur Genüge davon überzeugen mußte, daß die polnische Regierung, wenn es ihr eigenständiges Interesse verlangt, sich einen Völkerverbund und die Beschlüsse des Völkerverbundes kümmerte, so wird man mit größter Beunruhigung dieser letzten „Anerkennung“ des ober-schlesischen Wahlausganges durch Warschau entgegenzusehen haben.

## Tagung des Deutschen Ostbundes.

Eine Rede Rheinbavens.

Berlin, 27. November. Am gestrigen Freitag abend wurde die Tagung des Deutschen Ostbundes durch eine große öffentliche Kundgebung im Berliner Konzerthaus eingeleitet.

Nach einer Begrüßungsansprache des Bundespräsidenten Geheimen Oberregierungsrat von Tillo sprach Reichert von Rheinbaben über Locarno, Genf, Thoiry und die Ostfronten. In Locarno hatten wir, so führte der Redner aus, gegen das Verdrögen Frankreichs gerungen, auch nach Osten hin sein ganzes politisches Gewicht durch Garantieung des deutsch-polnischen Schiedsvertrages auszuheben. Bezüglich des Artikels 16 des Versailler Vertrages hätten wir wenigstens die Gewähr von den Großmächten erhalten, daß Deutschlands Lage besonders berücksichtigt werde und vor allem verständlich, daß Deutschland Kriegsbeschädigte für andere Völker werde. Eine Garantieung der deutschen Ostgrenzen sei weder in Locarno noch in der folgenden Zeit in Frage gekommen. Mit Gewalt und Drohung habe man uns die letzten Grenzen im Osten aufgezwungen und damit ein solches Unrecht begangen, daß wir die Hoffnung nicht aufgeben dürften, daß die Geschichte dieses Urteils fortrichten werde. Man habe gesagt, der Völkerverbund stehe und falle mit der Abrüstungsfrage. Man müsse einmal die Frage aufwerfen, ob nicht auch unter Aufrechterhaltung des Friedens und ohne Gewalt- und Kanonenschuß das deutsch-polnische Verhältnis ganz anders wäre, wenn man Deutschland wieder erlaube, eine Armee von nur wenigen Hunderttausend Mann zu haben. Die ober-schlesische Abstimmung müsse ein Vorbild dafür sein, daß die Demarkationsfrage keine Partei-sache, sondern eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes sei. Die deutsche Außenpolitik werde den Osten nicht verlassen. Mit aller Kraft, die die Finanzminister, die Reichsregierung erlaube, müßten die Fragen des oft vernachlässigten Ostens in dem deutschen Staats-, Wirtschafts- und Kulturkörper einbezogen werden.

## Keine Aufhebung der Militärkontrolle in Bulgarien.

Sofia. Vor einigen Monaten hatte sich die bulgarische Regierung an die Völkerverbundkonferenz mit der Bitte um Aufhebung der Militärkontrolle gewandt. Nunmehr hat die Völkerverbundkonferenz dahin entschieden, daß eine Aufhebung der Militärkontrolle nicht in Frage kommen kann. Außerdem hat die Völkerverbundkonferenz die bulgarische Regierung aufgefordert, eine weitere Reduzierung der bulgarischen Armee durchzuführen. Die Presse nimmt diese Nachricht mit dem größten Interesse auf.

## Neue Verschleppungsversuche in Paris.

Seit Einleitung der Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ist die Reichsregierung von Paris aus nie mit schneller Entschlossenheit in den Forderungen verfallen worden, die sie auf ein Entgegenkommen gegenüber deutschen Wünschen bezog. Darum lag es auf der Hand, daß man sich mit der Behandlung der Militärkontrolle auch länger Zeit lassen würde, als unbedingt nötig ist. Seit Anfang dieses Jahres beschäftigt sich die Völkerverbundkonferenz ausschließlich mit der Frage, wann die Entlassung in Deutschland als durchgeführt angesehen und damit die Auflösung der Internationalen Kontrollkommission vorgenommen werden kann. Die verschiedenen Beanstandungen, die der Reichsregierung durch eine fortwährende Notenübermittlung mitgeteilt wurden, sind von ihr bis auf geringe Objekte erfüllt worden, und trotzdem ärgert man in Paris mit der Aufhebung der Kontrolle.

Der diplomatische Meinungsaustausch, der in dieser Angelegenheit seit einigen Wochen die Rabinette in Berlin, London, Paris und Brüssel fast beschäftigt, erweckt zwar die Hoffnung, daß durch ihn eine Entscheidung bis zum Beginn der Völkerverbundtagung im Dezember ermanet werden könnte. Die Widerstände in Paris scheinen jedoch so stark zu sein, daß alle Bemühungen des französischen Außenministers, die Lage nicht unnötig zu verschärfen, scheitern bleiben und somit in den nächsten vierzehn Tagen eine Einigung mit Deutschland als unmöglich angesehen werden muß. Es ist auffällig, daß die englische Regierung gegen die Haltung Frankreichs nichts unternimmt und dem künftigen Spiel der französischen Militärs durch eine offizielle Verlautbarung ein schnelles Ende bereitet. Es liegt auf der Hand, daß eine Verschleppung der Beendigung der Kontrolle durch die Besatzungsmächte auch eine Verschleppung der In-vestigationsfrage in Genf hinausschert. Der Völkerverbund-Generalsekretär hat sich in London und Paris dementsprechende Informationen bereits eingeholt. In Berlin ist man gespannt, wie die Völkerverbundkonferenz bezüglich der Beendigung der Kontrollfrage aussprechen werden. Sicher wird sich der Generalsekretär stark nach den Wünschen des englischen und französischen Kabinetts richten und eventuell der Reichsregierung vorschlagen, die Angelegenheit erst auf der Völkerverbundtagung des Völkerverbundes vorzunehmen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Die Vereinfachung einer weiteren Tätigkeit der Kontrollkommission besteht nicht mehr, nachdem die Entlassung in Deutschland durchgeführt ist. Die Reichsregierung glaubt das Recht zu haben, auf Beendigung der Kontrollfrage auf der Dezembertagung des Völkerverbundes zu bestehen. Dieser Standpunkt, der den Regierungen der

Beimächte durchaus bekannt ist, wird sie auch gegenüber Sir Drummond mit aller Eindeutigkeit vertreten.

Die Äußerungen der französischen Presse über einen ungünstigen Verlauf der Pariser Kontrollverhandlungen haben der deutsch-französischen Presse Anlaß zu der Befürchtung gegeben, daß die Reichsregierung sich geneigt zeigen könnte, Kompromisse zu schließen. An amtlicher Stelle wird versichert, daß diese Befürchtung nicht besteht und daß das Kabinett nach wie vor die völlige Auflösung der Kontrollkommission verlange und die Übernahme der Kontrolltätigkeit durch den Völkerverbund fordere, wie sie im Versailler Friedensvertrage vorgesehen sei. Auch in der Investigationsfrage werde sie Zugeständnisse an Frankreich nicht machen, sondern ihren Standpunkt aufrecht erhalten, daß eine häufige oder „stabilitäre“ Kontrolle im Rheinlande für sie unannehmbar sei. Die Reichsregierung befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage, sie ist aber bereit, alle anderen Aufgaben zurückzustellen, um die Lösung der Militärkontrollfrage beschleunigt und in ihrem Sinne durchzuführen.

## Systematische Dege der französischen Presse.

Die Erklärungen Briands in der Kammer, das offizielle Communiqué und die Davos-Kommunikation anläßlich der jüngsten Streikmenschen-Rede schienen doch zu dem Ergebnis zu führen, daß die Neuherausgabe Briands, Thoiry hätte nicht notwendig die Wirkung haben müssen, zu einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes zu führen, gelinde gesagt, mißverstanden worden ist. Es ist unerfindlich, warum ein großer Teil der französischen Presse in seiner systematischen Dege gegen Deutschland auch nicht um ein Geringes nachlassen kann, obwohl die deutsche Außenpolitik doch in der letzten Zeit sehr oft unrichtigen und unvollständigen Berichten gegenübergestellt hat. Es hat den Anschein als ob die französische, d. h. die Pariser Presse, die Aufmerksamkeit des temperamentsvollen französischen Volkes von der zwar peinlichen, aber noch immer nicht reparierten Inflation durch eine jetzt gefährliche Schmutzerei auf Deutschland ablenken wolle, obwohl ein solches Manöver der „grande nation“ unwürdig ist. Von deutscher Seite ist festzuhalten, daß die Behauptungen über die Entlassungsfrage weitergehen und ganz günstig lauten. Allgemein ist man der Ansicht, daß die Entlassungsfrage jetzt zu einem Ende geführt wird. Dies ist so beruhigend, daß man sich durch die Dege der französischen Presse nicht ins Hochspannen jagen zu lassen braucht.

## Zum Reichsrentnertag.

id. Dresden, 26. Nov. Der Deutsche Rentnertag eröffnet anläßlich des Reichsrentnertages am 1. Dezember folgenden

### Aufruf.

Zwei Jahre sind bereits vergangen, seit wir nach den jammervollen Jahren der Inflation wieder eine feste Währung haben. — Zwei Jahre warten die Rentner vergebens auf eine gerechte Ausgleichung ihres durch die Inflation völlig zerschlagenen Vermögens. Viele sind in dieser Zeit physisch und seelisch gedrohen, heimgesucht, nicht wenige haben einen freiwilligen Tod einem bitteren, schuldlos gewordenen Leben vorgezogen. Wände werden denen folgen, wenn man ihnen nicht bald ihre beschiedenen Lebensbedingungen erfüllt.

Rentner sind die besten Kreise des deutschen Mittelstandes, deren ehemaliges Einkommen sich durchschnittlich zwischen 1500—10000 M. bewegte. Sie alle sind erhaltens- und mittellos geworden.

Auf der anderen Seite haben aus den Gewinnen der Inflation unendlich viele ihre Existenz aufgebaut und befestigt. Mancher wäre erlöhnt, wenn er nicht mit den Kapitalisten der Rentner sein Hausgrundstück, sein Geschäft hätte erhalten und ausbauen können! Sollte das nicht doch zu denken geben? Sollte sich im Gewissen derer nicht endlich doch eine Dankspflicht geltend machen?

Wir wissen, daß die Deffektivität die Not der Rentner nicht kennen will. Sie glaubt zum großen Teil, daß durch die „Hilfsorga“ alles entgolten sei und acht nicht, daß gerade die allgemeine Hilfsorga das Drückendste ist, was man den Rentnern nach dem Verlust des Vermögens bieten konnte. Die Deffektivität ahnt aber weiter nicht, daß die allgemeine Hilfsorga (Armenunterstützung) nur nach Ueberwindung größter Schwierigkeiten gezahlt wird und selbst dann nur, wenn sich die Rentner schriftlich verpflichten, die niedrigen, weit unter dem Existenzminimum liegenden Summen aus ihrem Nachlaß zurückzahlen.

Viele Rentner erhalten überhaupt nichts, sondern werden auf Gnade oder Ungnade der Unterhaltspflicht von Kindern und Verwandten überantwortet, die Hoffnung, durch die Aufwertung wenigstens so viel zu erhalten, um wieder als freier Bürger im freien Staate leben zu können, ist zum großen Teil zerfallen.

Unendlich viele Rentner werden von der Auswertung überhaupt nicht betroffen. Sie sind die beklaunwertesten und hilflosbedürftigsten Opfer der Inflation! Dazu hat sie durch die allgemeine Hilfsorga sozial völlig erniedrigt!

Diese Behandlung der Rentner ist eines Kulturvolkes unwürdig. Wer da noch nicht begreift, denke an das Sprichwort: Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das tu' auch

keinem andern auf. Darum setzt endlich den Rotschrei der Rentner verstopfen, unterstützt sie in ihrem Kampfe um ein Reichsrentnerverfassungsgesetz, denn nur ein solches wird sie aus ihrer trostlosen und unwürdigen Lage befreien.

## Reichsrentnerhilfe für die Beamten?

id. Berlin. Nach Prüfung der Denkschrift über die bedrängte Lage der Beamten, die der Deutsche Beamtenbund vor einiger Zeit der Reichsregierung und dem Reichstag übermittelte hatte, fand am Freitag nachmittags eine Besprechung des Reichsfinanzministers Dr. Reimold mit Vertretern der Beamtenvereine statt. Die Vertreter der Beamten und Angestellten des Reichs legten in dieser Sitzung nochmals ihre Wünsche wegen einer finanziellen Beihilfe dar und erörterten diese eingehend mit den Vertretern des Reichsfinanzministeriums. Eine Erhöhung der Gehälter wurde, wie das Nachrichtenbüro des Reichs erfährt, vom Reichsfinanzministerium vorläufig als unmöglich bezeichnet. Der Reichsfinanzminister erklärte sich jedoch bereit, unverzüglich mit den Ländern und den Parteiführern im Reichstag über eine einmalige Beihilfe zu verhandeln. Er sprach dabei die Erwartung aus, daß diese Verhandlungen noch vor Weihnachten zu einem abschließenden Ergebnis führen.

## Aus dem Landtag.

id. Dresden. Die Deutsche Demokratische Landtagsfraktion wählte als ihren Vorsitzenden den Abg. Minister a. D. Prof. Dr. Seufert.

Die Kommunisten haben dem Landtag einen längeren Buchzettel vorgelegt. Sie verlangen die Zusammenlegung der Ministerien auf fünf. Weiter fordern sie die Aufhebung aller sogenannten reaktionären Akte, dauernde Rechte für Verletzte oder Hinterbliebene von Getöteten beim Reichswehrvermarsch 1923, Aufhebung der Verordnung des Innenministeriums über die Ueberwachung von Versammlungen, Auflösung der Kleinfamilienvereine und aller sonstigen Organisationen, Wiederzulassung der kommunistischen Presse in Gefängnissen und Justizanstalten sowie Abhebung der Schlichterpaar, Brandt und Banosha.

Die Demokratische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, bei einer etwaigen Forderung der Jungadmiralität für gewerbliche Räume, unbeschadet des gesetzlichen Vorzugsrechtes des Vermieters, in ausreichendem Maße durch Uebergangs- und Schutzbestimmungen dafür Sorge zu tragen, daß die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Mieter, namentlich solcher, die schon längere Zeit die gleiche gewerbliche Niederlassung innehaben, geschützt werden.